

Reformvorschläge zur geringfügigen Beschäftigung in der politischen Diskussion

- 1) Volle Einbeziehung der geringfügigen Nebenbeschäftigung in Sozialversicherungspflicht
 - weiterhin Versicherungsfreiheit für Dauerbeschäftigte bis zur Geringfügigkeitsgrenze, für kurzfristig Beschäftigte, Schüler und Studierende
- 2) Senkung der Einkommensgrenze („Bagatellgrenze“)
(Vorschläge von Gewerkschaften, Bundestags-Gesetzesentwurf der SPD, Bundestags-Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen)
 - Versicherungsfreiheit für Dauerbeschäftigte generell nur bis zur Bagatellgrenze,
- 3) „Kleines Beschäftigungsverhältnis“ (Arbeitgeberverbände; FDP)

Freistellung von Sozialabgaben bei einem Monatseinkommen von weniger als DM 300; keine Berücksichtigung von Arbeitsverhältnissen in der Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung bei einem Monatseinkommen von unter DM 1.200 (= steuerliches Existenzminimum)
 - anstelle Beschränkung der Sozialversicherungsfreiheit beinahe Verdoppelung der Freigrenzen; massive Ausweitung der Möglichkeiten für die „kleine Teilzeit“; Korrespondenz mit Vorschlägen zu einem Niedriglohnsektor; Schätzungen von bis zu 10,6 Mrd. DM Beitragsausfälle (= insges. + 0,5%-Punkte) in der Renten- und Arbeitslosenversicherung
- 4) Beschränkung des relativen Anteiles für geringfügige Beschäftigung im Betrieb („Quotierung“)

(SPD-Landesregierungen Niedersachsen und Hessen)
verschiedene Quotenvorschläge (z.B. 10% in jeder Branche; spezielle Regelungen für kleinere und mittlere Betriebe) - keine individuelle Beschränkung der Sozialversicherungsfreiheit; umstritten, ob verfassungsrechtlich zulässig (möglicher Verstoß gegen Vertrags- und Berufsfreiheit und gegen Gleichbehandlungsgrundsatz)
- 5) Beschränkung der geringfügigen Beschäftigung auf das 1,5-fache der Geringfügigkeitsgrenze pro Betrieb; bei Überschreitung Versicherungspflicht für alle abhängig Beschäftigten (quasi „betrieblicher Freibetrag“)

(„österreichisches Modell“)
 - keine individuelle Beschränkung der Sozialversicherungsfreiheit;
Bedenken wegen Ungleichbehandlung;
relativ große Gestaltungsfreiheiten für Klein(st-)betriebe und private Haushalte

Nach: Bundestagsdrucksachen 13/3301 und 13/4969. „Kleines Beschäftigungsverhältnis belastet Kassen“, in: FAZ, Nr. 249, vom 27.10.97. „Steueroase des kleinen Mannes“, in: Handelsblatt, Nr. 206, vom 27.10.97. „Fünf Modelle zur Diskussion“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 250, vom 30.10.97. Zusammengestellt von IAB V/5

